

**Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung**

21. Juli 2014
1 von 2

Transatlantisches Freihandelsabkommen - Kommunale Selbstverwaltung schützen

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler und Stadtverordneter Bayer
- 101.17.1400 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel setzt sich uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, für den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur- und Bildungspolitik ein.

Die Stadtverordnetenversammlung beobachtet mit großer Sorge die aktuellen Meldungen um das derzeit von der EU-Kommission mit den USA hinter verschlossenen Türen verhandelte Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) sowie das Handelsabkommen mit Kanada (CETA). Alle Anzeichen deuten daraufhin, dass diese Verhandlungen negative Auswirkungen für das kommunale Handeln, z.B. bei der öffentlichen Auftragsvergabe, bei der Gestaltung der regionalen Energieversorgung, dem kommunalen Umweltschutz, der Förderung und Unterstützung der Kultur (z.B.: Theater), der Erwachsenenbildung (z.B.: Volkshochschulen) wie auch für die Tarifgestaltung und die Arbeitsbedingungen für Beschäftigten der Stadt Kassel und der städtischen Gesellschaften nach sich ziehen könnten.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert von der EU-Kommission, dem Europaparlament, der Bundesregierung und der Landesregierung in den Verhandlungen darauf Einfluss zu nehmen, dass

die aktuellen Verhandlungen mit größtmöglicher Transparenz und Öffentlichkeit zu führen sind.

keinerlei Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden vorgenommen werden.

die kommunale Daseinsvorsorge sowie Kultur und Bildung nicht Gegenstand der Verhandlungen sein dürfen.

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt ausdrücklich den Beschluss des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages vom 12.02.2014 in dieser Angelegenheit und schließt sich den darin gestellten Erwartungen und Forderungen an.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

2 von 2

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler,
Stadtverordneter Bayer

Ablehnung: FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler und des Stadtverordneten Bayer betr. Transatlantisches Freihandelsabkommen - Kommunale Selbstverwaltung schützen, 101.17.1400, wird **zugestimmt.**

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Schmidt
Schriftführerin